

vierteljährlich im Stadt, Orts- und Nachbarort...

Geegründet 1877.



Die 12spaltige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig...

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 162 Druck und Verlag in Altensteig. Samstag, den 14. Juli. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1917.

Der Krieg.

W. B. Großes Hauptquartier, 13. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

An der flandrischen und Artoisfront war in mehreren Abschnitten bei guter Sicht der Feuerkampf stark.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Wieder war die Kampftätigkeit der Artillerie in der westlichen Champagne erheblich gesteigert; auch auf dem linken Maasufer erreichte das Feuer abends große Festigkeit.

An der Höhe 304 nahmen Sturmtruppen in frischem Draufgehen die vom Feind am 8. Juli zurückgerückten Gräben wieder. Die Besatzung wurde niedergemacht, ein Teil gefangen zurückgeführt.

Trotz bestiger Gegenwirkung brachte ein Erkundungsvorstoß bei Brunay und Gewinn an Gefangenen und Beute.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Die Lage ist unverändert.

In zahlreichen Luftkämpfen verlor der Gegner 17 Flugzeuge, 2 weitere durch Abwehrfeuer. Oberleutnant Ritter von Tutschek, der am 12. Juli 2 feindliche Flugzeuge zum Absturz brachte, errang gestern durch Abschuss eines Hesselballons den 16. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

An der Düna, bei Smorgon und an der Szara war die Gefechtsintensität rege, auch westlich von Luck lebte sie infolge eigener Erkundungsvorstöße zeitweilig auf.

Südlich des Dnjestr sind an mehreren Stellen der Donnic-Linie russische Angriffe zum Scheitern gebracht worden.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

drangen nach starkem Feuer mehrfach feindliche Erkundungsabteilungen gegen unsere Stellungen vor; sie sind überall abgewiesen worden.

Mazedonische Front:

Ostlich von Ridze Manina löste ein erfolgreicher bulgarischer Vorstoß örtliche Angriffe der Serben aus; sie schlugen verlustreich fehl.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

An der Front herrscht auf der ganzen Front rege Tätigkeit. Besonders sind dabei die Punkte Neuport, die Engländer durch Umfassungsversuche unserer neuen Stellung vergebliche Anstrengungen zur Vertreibung unserer Streitkräfte machten und die Höhe 304 an der Maas, wo wir die neulich zum östernmale besetzten Gräben in einer Breite von 400 Metern wieder gewinnen konnten.

Auch von der Ostfront wird lebhaftes Gefechtsleben auf der ganzen Linie gemeldet, besonders ist die Partisanentätigkeit sehr lebhaft, und da bewähren sich der Späzimm und die glänzende Ausbildung unserer Stoßtruppen und ihrer jungen, schneidigen Führer, wie auch das auf die Selbste sichere Zusammenarbeiten mit der Artillerie. So brach einer unserer Stoßtruppen südlich von Brzezany und drang im Schutze eines nur fünf Minuten lang wachenden Sperrfeuers über das Vorfeld in die feindliche Hauptlinie, wo die deutschen Handgranaten rasch die Besatzung kampfunfähig machten. Unter dem Schutze des Abriegelungsfeuers war die Zerstörungsbarbeit schnell getan, und in kurzer Zeit war der Stoßtrupp mit seinen Gefangenen wieder zurück, ohne auch nur einen Verlust zu haben. Erwähnenswert ist noch die Beschichtung des Bahnhofs Rozowa mit weittragendem Geschütz, wobei zwei riesige Munitionslager explodierten. Die Rauchsäulen stiegen nach den Meldungen unserer Sieger bis 4000 Meter hoch.

Zur Lage.

Es wird nicht gesagt werden können, daß die Erweiterung der Verhandlungen in Berlin bis zur Stunde, da wir dies schreiben, nachgelassen hätte. Der kaiserliche Wahlrechtsentwurf hat zunächst wohl eine Entspannung gebracht, aber auf die Lösung der beiden anderen Streitfragen keinen Einfluss gehabt. Die Stimmungen sind im Gegenteil in der schärfsten Nähe aufeinandergeraten, auch ist die Regierung mit einem Zeitungsverbot auf den Plan getreten. Der 'Lokalanzeiger' und 'Tag' sind wegen zweier Artikel gegen den Reichskanzler von Eugen Zimmermann, dem eigentlichen Leiter des 'Lokalanzeigers' und dem Freund des Fürsten Bülow, bis auf weiteres verboten worden. Ferner ist in der Kriegszweckfrage eine Parteienverschiebung erfolgt. Die nationalliberale Partei ist, wie der 'Börsekurier' erfährt, aus der interfraktionellen Konferenz ausgetreten. Der Grund dafür sei in der Unmöglichkeit zu suchen, die Kriegsziele der Nationalliberalen mit denen der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten in Einklang zu bringen. Auch im Zentrum scheint sich eine Schwärzung vorzubereiten. Die meisten bayerischen Abgeordneten seien jetzt in Berlin eingetroffen und haben sehr scharf gegen die Politik und die Person Erzbergers Stellung genommen.

Die Frage der Parlamentarisierung ist von ihrer Lösung noch weiter entfernt, als es vor wenigen Tagen den Anschein hatte, da jetzt nicht nur aus den Reihen der Bundesregierungen, sondern auch aus den Reihen der Fraktionen Bedenken, namentlich über die praktische Durchführung der Parlamentarisierung laut geworden seien und verschiedene Anzeichen dafür sprechen, daß ein großer Teil der Parteien nicht abgeneigt wäre, diese Fragen noch einige Monate zurückzustellen.

Daß unter solchen Umständen, die große politische Aussprache im Reichstag erst möglich ist, wenn eine Klärung der inneren Lage erfolgt ist, ist natürlich. Die heutige Bollstimmung, die die Bewilligung des neuen Kriegskredits auf der Tagesordnung hat, hiengegen zu verschieben, dazu besteht an und für sich eine sachliche Notwendigkeit nicht, jedenfalls sollte eine nochmalige Vertagung nicht als parlamentarisches Machtmittel der eventuellen Nichtbewilligung des Kriegskredits in Erscheinung treten.

Hindenburg und Ludendorff in Berlin.

Berlin, 13. Juli. (Amtlich.) Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers ist der Generalfeldmarschall von Hindenburg mit dem Ersten Generalquartiermeister General Ludendorff heute vormittag in Berlin eingetroffen.

Vom Hauptausfluß.

Berlin, 13. Juli. Die heutige Sitzung des Hauptausflusses des Reichstags wurde durch eine Geschäftsordnungsdebatte angefaßt. Der Reichskanzler war nicht erschienen. Anwesend waren u. a. die Staatssekretäre Helfferich, v. Capelle, Solf, Vöck, Kräfte, Zimmermann.

Ein sozialdemokratischer Redner beantragte gleich zu Beginn die Vertagung. Die politische Lage sei noch nicht so geklärt, daß die Regierung Stellung zu den aufgeworfenen Fragen nehmen könne.

Staatssekretär Helfferich erwiderte, der Reichskanzler sei durch andere dringende Geschäfte am Erscheinen verhindert. Er und die anderen Staatssekretäre seien aber bereit, den Verhandlungen zu folgen und auf etwaige Fragen einzugehen.

Der Antagonist erklärte sich von dieser Antwort nicht befriedigt, da dem Reichskanzler eine bestimmte Frage vorgelegt sei, auf die der Ausfluß eine bestimmte Antwort erwarte. Sonst hätten die Verhandlungen keinen Zweck.

Hierauf wurde die Vertagung der sachlichen Beratung beschlossen.

Eine Erklärung der preuß. Konservativen.

Berlin, 13. Juli. Die konservativen Zeitungen veröffentlichen folgende Erklärung des Vorstands der konservativen Partei: Durch Allerhöchste Kabinettsorder vom gestrigen Tage, die der Kaiser und König von Preußen an den Ministerpräsidenten erlassen hat, wird die Vorlesung eines Gesetzes betreffend

die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen angeordnet. Das gleiche Wahlrecht entspricht nicht der Eigenart und der historischen Vergangenheit des preussischen Staates und nicht den der preussischen Gesetzgebung vorbehaltenen geschichtlichen und sonstigen Aufgaben; es ist vielmehr geeignet, das feste Gefüge Preußens zu erschüttern und auch diesen Staat der völligen Demokratisierung auszuliefern. Das durch ihn dargestellte unantastliche Gegengewicht gegen die Gefahren der Unruhe und der Ueberstürzung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für das Reich bestehen, wird durch die Einführung des gleichen Wahlrechts hinweggeräumt. Die konservativere Partei vermag weder anzuerkennen, daß die in Aussicht gestellte Maßnahme durch die Erfahrungen des Krieges geboten war, noch daß sie auch nur als geeignet erscheinen könnte, um über die Schwierigkeiten der heutigen Lage hinwegzuhelfen und den Siegeswillen des Volkes zu stärken. Die in Aussicht gestellte Veränderung des preussischen Wahlrechts kann daher die konservativere Partei nur mit ernstem Bedenken und mit tiefer Sorge für die Zukunft Deutschlands erfüllen.

Nebst Kampfmittel.

Berlin, 13. Juli. Mit welchen Mitteln der Kanzler von einem Teil seiner Gegner bekämpft wird, dafür liefert heute der Berl. Lokalanzeiger einen Beweis. Das Blatt knüpft an das Gerücht an, die Wiener Regierung habe sich für den Verzicht des Kanzlers erklärt und bezeichnet das selbste Gerücht, der Kanzler habe sich diese Vertrauenskrundgebung bestellt, zum mindesten darauf Einfluß geübt. Das Blatt sagt zwar, es wolle das Gerücht 'in diesem Falle' für unwichtig halten, legt aber hinzu, ein solches Telegramm aus Wien existiere und unterstellt dem Kanzler mittels Verbreitung von Gerüchten, er scheue nicht davor zurück, sich hilfeleidend an die verbündete Regierung zu wenden. Durch alle Redemendungen, die gebraucht werden, schimmert die Absicht dieser Unterstellung klar hindurch. Die Bemerkung des Blattes, daß es 'in diesem Falle' das Gerücht einer besetzten Arbeit für unwichtig halten wolle, ist bezeichnend für seine politische Kampfmethode. Jedenfalls ist das ganze Vorgehen für jeden, der auf einen reinlichen Betrieb der Politik Wert legt, geradezu beschämend. Ob und woher dem Reichskanzler Neugierungen des Vertrauens zugehen, geht niemand etwas an, solange die Neugierungen nicht in die Öffentlichkeit gelangen. Einem Staatsmann, dessen Sturz man wünscht, aber nachzuweisen, er bestelle sich bei einer verbündeten Regierung Vertrauenskrundgebungen, übersteigt das Maß des in politischen Kampf Erlaubten.

Die Wiener Presse zur Lage.

Wien, 13. Juli. Die 'Neue Freie Presse' schreibt: Aus dem Erlaß darf mit hoher Wahrscheinlichkeit geschlossen werden, daß die Krise gegenwärtig ohne Wechsel des Reichskanzlers zum Abbruch kommen wird. Der Erlaß ist für den Reichskanzler keine Belastung, sondern eine Unterfütterung. Der Kanzler hat gewiß konservative Grundzüge, aber er ist kein Gegner der demokratischen Fortschritte. Eine weitere Entlastung für den Reichskanzler ist die Bildung einer Mehrheit für einen Verständigungsfrieden. Wenn das deutsche Volk durch die Mehrheit des Parlamentes solchen Willen kund gibt, so ist das nur ein Beweis von Verständnis für die schon am Kriegsbeginn gegebene Tatsache. Ein Deutschland, das aus diesem furchtbaren Kriege mit seinen Verbündeten unversehrt hervorgeht, hat für seine Zukunft einen entscheidenden Sieg errungen.

Das Ausland zur Krise.

Brux., 13. Juli. Journal des Debats sagt: Kaiser Wilhelm scheint geneigt zu sein, seiner Regierung einen liberalen Anstrich zu geben. Er kann veranlaßt sein, einwillen der demokratischen Strömung nachzugeben, um die Damber insgesamt für die Zukunft zu beschwichtigen.

Brux., 13. Juli. Die deutsche Krise steht nach wie vor im Vordergrund des Interesses der französischen Presse. Sowohl hinsichtlich der Gründe der Krise, wie über die Folgen sind die Kommentare sehr verschiedener Ansicht. Sie stimmen vornehmlich darin überein, daß im Falle von liberalen Reformen seitens der deutschen Regierung die Entz. militärisch bleiben müsse. In dieser Hinsicht erklärt Bel. ... es handle sich um Angelegenheiten von lediglich formeller Art an die demokratischen Grundzüge.

Die Ereignisse im Westen.

Der französische Tagesbericht.

W. B. Paris, 13. Juli. Militärischer Bericht von gestern nachmittag: Nennlich lebhafter Artilleriekampf in der Champagne und in der Aisnefront im Abschnitt: Nöble von Passaug. Feindliche Angriffe in der Gegend: Verichodhöfde und südlich von Baumont wurden le. abgewiesen. Die Deutschen versuchten auf beiden Maasufere, im Abschnitt der Höhe 304 und südlich des Werkes Harbaumont noch heftiger Beschäftigung mehrere Handstücke auszuführen. Keine hatte Erfolg. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Der englische Tagesbericht.

W. B. London, 13. Juli. Heeresbericht von gestern nachmittag: Ein verlustreicher feindlicher Vorstoß wurde in der vergangenen Nacht südlich von Lombardghy erfolgreich abgewiesen. Sonst nichts zu melden. Abends: Eine feindliche Streifabteilung wurde frühmorgens westlich von Queant abgewiesen. Sie ließ einige Gefangene in unserer Hand. - Eine große Anzahl Bomben wurden nachts auf feindliche Flugplätze id Munitionslager



genossen. Unsere Flugzeuge machten während des Tages oft neue erfolgreiche Streifen. 10 deutsche Flugzeuge wurden zerstört. Ihre Besatzungen wurden vernichtet.

## Neues vom Tage.

### Chamberlain zurückgetreten.

London, 13. Juli. Der Staatssekretär für Indien, Chamberlain, hat gestern abend während der Debatte im Unterhaus über die Vorgänge in Mesopotamien seinen Rücktritt bekanntgegeben.

### Neue Richtlinien in Persien.

Konstantinopel, 13. Juli. In Besprechung der Bildung des neuen persischen Kabinetts erinnert Ferdinandi-Pascha daran, daß der neue Premierminister, der wegen seines aufrichtigen Charakters und Patriotismus guten Ruf besitze, der erstmals während des Krieges geistig worden sei, als er das Land aus englisch-russischer Knechtschaft befreien wollte. Heute, da infolge der Ereignisse in Rußland, die persischen Patrioten neuerlich den Zeitpunkt der Befreiung für gekommen erachteten, habe er zum zweitenmal aus Rußland gelangen können.

### Verwicklungen in Kanada.

Ottawa, 13. Juli. Das holländische Konsulatsbüro meldet aus Washington: Das in Montreal erscheinende Blatt „Le Catholique“ tritt dafür ein, daß die Provinz Quebec vom kanadischen Staatenbund losgetrennt wird, wegen des von Kanada getroffenen Beschlusses, die Dienstpflicht einzuführen.

## Reichstag.

Berlin, 13. Juli.

Am Bundesratsitzungssekretär Helfferich. Präsident Dr. Kaas eröffnet die Sitzung um 3.15 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kurze Anfragen. Abg. Kunert (Unabh. Soz.) erkundigt sich nochmals nach dem Stand der vorgenommenen Prüfung der Staatsangehörigkeit von Bewohnern Belgiens und Eingehung Staatsbürgerschaft zum Militärdienst.

Oberst Marschardt: Die Prüfung der Staatsangehörigkeit ist erfolgt. Die betr. Personen sind zu Recht zum Wehrdienst eingezogen worden.

Abg. Kamm (W. Soz.) wünscht genügende Sicherheit gegen die Verwendung von Gerste, Kartoffeln usw. zu alkoholischen Getränken und zur Herstellung von Spiritus. Ein Regierungskommissar gibt unter Vorlegung der Verhältnisse in der Branntweinindustrie eine zugehörige Antwort.

Abg. Kamm (W. Soz.) fragt wegen Vereitung während der Kriegsjahre aus Weisbieren.

Oberst von Oppen: Hierzu dürften nur Aesop freigegeben werden, die zum Rohgenuß nicht geeignet sind. Abg. Held (Frat.) fordert Maßnahmen gegen die Schädigung der wirtsch. treibenden Landwirtschaft durch die Verlagerung der Viehhändlungsstände, die festgesetzten Preise zu bezahlen.

Oberst von Oppen: Uns ist nichts bekannt, daß die Viehhändlungsstände die zugesicherten Preise nicht eingehalten hätten. Jedenfalls müßten nun die Einzelsfälle zur Untersuchung mitgeteilt werden.

Abg. von Trampozynski (Volk.) fragt nach der Fortführung männlicher und weiblicher Personen im Bezirk des Oberkommandos. II. zur Zwangsarbeit nach Deutschland.

Oberst von Weisberg: Die erforderlichen Unterlagen sind noch nicht eingegangen.

Abg. von Trampozynski ergänzend: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß im Oberkommando-III. Telefonverbindungen besteht? (Heiterkeit.)

Oberst von Weisberg: Trotzdem ist das zur eingehenden Prüfung notwendige Material noch nicht eingegangen.

Abg. Chert (Soz.) fragt nach dem Verbot der Druckschrift „Frieden der Verschöblung“, Reichstagsrede von Philipp Seydewitz gegenüber der Verbreitung der Anzeigenschrift „Schmäh“, Kriegerzeitung.

Minist. Dr. Leubold: Eine Beziehung der reichsgesetzlichen Vorschriften ist nicht erfolgt. Auch Reichstagsreden unterliegen nur ihrer Verbreitung als Druckmittel der Zensur.

Auf der Tagesordnung stehen ferner: Zweite Lesung der Vorlage betr. Forderung für Kriegerangehörige und Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Beide Punkte werden von der Tagesordnung abgesetzt, um den Fraktionen Zeit zur Stellungnahme zu lassen.

Letzter Punkt der Tagesordnung ist der erste Teilbericht des Ausschusses für Bevölkerungsstatistik betr. die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.): Wir sind mit dem Vorschlag des Ausschusses im allgemeinen einverstanden und wünschen nur, daß die Schweigepflicht der Ärzte hinsichtlich der Geschlechtskrankheiten aufgehoben wird.

Die Vorlage wird nach dem Kommissionsantrag erledigt. Präsident Dr. Kaas erteilt und erhält die Ermächtigung, die Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Schluß 4.45 Uhr.

## Amtliches.

### Heidelbeerankäufer im O.A.-Bezirk Freudenstadt.

Als Heidelbeerankäufer für Almandle, Alsbach und Hochdorf ist Schweinhandler Wiedmann in Almandle aufgestellt worden.

### Die Heidelbeerankäufe verboten.

Auf Grund einer Verfügung der Landesoberverwaltungsstelle vom 12. Juli wird die Heidelbeerankäufe aus dem Oberamtsbezirk verboten, soweit nicht bereits oberamtliche Erlaubnis erteilt ist.

## Landesnachrichten.

Mittwoch, 14. Juli 1917.

B. Sitzung des Gemeinderats vom 10. Juli. Zunächst findet eine eingehende Aussprache statt, über die in letzter Zeit durch den Kommunalverband Nagold getroffenen Anordnungen, bezüglich der Ablieferung von Altmehl in und der Fettabgabe in Nagold. Es kam aus der Mitte des Gemeinderats zum Ausdruck, daß diese Maßnahmen in weiten Kreisen Erregung und Mißbilligung verursacht haben. Es wäre das Gegebene gewisser, daß zur Verfügung stehende Zeit hier abzugeben, statt die vielen

Bezugsberechtigten zu nötigen, unter Aufwand von Zeit und Geld eine Reise nach Nagold zu machen. Es wird ferner vorgebracht, daß in Nagold 15 Hekt. Zucker an Private unter der Hand zu 80 Pf. das Bund abgegeben worden seien und um Aufschluß gebeten. Der Vorsitzende erklärt, daß die Reichszuckerstelle auf Antrag in besonders dringlichen Fällen (insbesondere an landwirtschaftl. oder in kriegswirtschaftlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter) zwecks Herstellung eines Hausbrotts Zucker zuweilen zum Preise von M. 1.98 das Pf. bei der Zuckerabgabe in Nagold handelte es sich um eine solche Zuweisung. In geeigneten Fällen können übrigens auch hier diesbezügliche Anträge angenommen werden. Auf Anfrage erwidert der Vorsitzende, daß der Einkäufer in den nächsten Tagen noch zur Abgabe komme in einer Menge, welche die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Familienzahl mitsamt berücksichtigt. Durch Berücksichtigung der Einberufenen sei allerdings der Durchschnitt herabgedrückt worden. Auch die Zuteilung sonstiger Lebensmittel, an und durch den Kommunalverband wird erörtert und auf die große Verschwendung in der Versorgung innerhalb der einzelnen Kommunalverbände hingewiesen. Der Vorsitzende erklärt dies damit, daß die Oberanstellung auf die Kommunalverbände offenbar der Bevölkerungszahl nach erfolge, und daß aufseiner zu wenig Rücksicht darauf genommen werde, ob ein landwirtschaftlicher Bezirk Fruchtbau oder Viehzucht treibe. In vielen Bezirken verbleibe die ganze Zuweisung der städtischen Bevölkerung. Persönliche Befreiung der der zuständigen Stelle ist in Aussicht genommen.

Auf eine Anfrage wegen Instandsetzung, der in der Nähe der Stadt angebrachten Ruhebänke, wird vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß sich die Bänke in den Stadtwaldungen in Ordnung befinden, dagegen die Ruhebänke im Staatswald insbesondere im Waldweg zur Rodmühle und im Nonnenwald in reparaturbedürftigen Zustand und zum großen Teil überhaupt nicht mehr vorhanden. Die Stadtgemeinde ist bereit, die Herstellung zu übernehmen sofern das Kgl. Forstamt hiermit einverstanden ist und das erforderliche Holz zur Verfügung stellt. Damit ist die Aussprache nach längerer Dauer beendet und es wird in die eigentlichen Beratungsgegenstände eingetreten. — Aufolge der äußerst geringen Menge von Butter, die hier eintrifft, beabsichtigt die Stadtverwaltung und der Kommunalverband die Herstellung der Butter selbst in die Hand zu nehmen; über die vorbereitenden Schritte hier berichtet der Vorsitzende. — Zur Kenntnis gebracht wird ein Erlaß der Kgl. Forstdirektion betreffend neuer Bestimmungen über Holzschläge und Holzverkäufe. — Möbelfabrikant Sauter von Durlach, welcher die Materische Möbelfabrik hier erworben hat, bittet um Genehmigung des Anschlusses seines Anwesens an die städtische Wasserleitung. Nach Vorlage der Kostenberechnung wird beschlossen, den Anschluß zuzusichern, die Ausführung jedoch wegen des hohen Kostenpunktes bis zum Eintritt normaler Zeiten zurückzustellen. — Fabrikant Becker von Plozheim, Sohn von Sottlerweiser Becker hier, wünscht das frühere städtische Kleinkinderschulgebäude zu erwerben, um darin die fabrikmäßige Herstellung von Artikeln der Heimarbeit-Industrie zu betreiben. Mit Rücksicht darauf, daß gerade jetzt in Kriegszeit die Schaffung einer Erwerbsmöglichkeit für Frauen, insbesondere für Kriegerfrauen, hier sehr wünschenswert ist, wird beschlossen, das zu M. 6000 Verkaufswert geschätzte städtische Gebäude dem Fabrikanten Becker zum Preise von M. 5000 zu überlassen, unter der Bedingung, daß er kein Geschäft hier mindestens 5 Jahre lang betreibt. — Vom Vorleseramt der Latein- und Realschule wird in Folge Lehrermangels die Einlegung von Leberländer für notwendig erachtet. Reichsamt: Solche zu genehmigen und bei der Kgl. Kultusministerialabteilung um Lebernahme des Kostenanwandes nachzufragen. — Vom Vorsitzenden wird beantragt, die Bürgergemeinde für die Jahre 1916 und 1917 auf je M. 5 festzusetzen wozu sich der Gemeinderat einverstanden erklärt. — Die Einkommensteuerverfassung der Stadt an das Kgl. Kameralamt für 1916/17 wird vorgelegt und gutgeheißen. — Bericht wird noch vom Vorsitzenden über die Abnahme der Glocken auf städtischen Gebäuden. Es wird dabei bedauert, daß die dem oberen Schulhaus schon seit dem Jahre 1822 dienende Glocke, mit der Aufschrift „Sanct Anna“ abgegeben werden mußte. Zum Schluß der Sitzung werden noch verschiedene Anträge auf Familienunterstützung ihre Erledigung.

Fernsprechfrage. An das hiesige Fernsprechnetz sind angeschlossen worden: Krausacker, Karl, Gerber, (Teiln. Nr. 72), Maier, Karoline, Holzhandlung, (Teiln. Nr. 71) und Kalmbach, Michael, Schreinerei (Teiln. Nr. 73).

Ausdehnung der Kranke. Die Mehrzahl der Angestelltenverbände hat sich einer Forderung der Gesellschaft für soziale Reform an den Bundesrat angeschlossen, worin die Erhöhung der Verdienstgrenze von 2500 auf 3000 M. gefordert wird. Für den Fall, daß der Bundesrat sie ablehnen sollte, wird angeregt, daß Kriegszulagen auf den Arbeitsverdienst nicht angerechnet werden, soweit es sich um die Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht handelt.

Kein Krankengeld. Das Reichsversicherungsamt hat eine bedeutungsvolle Entscheidung getroffen: es besteht kein Anspruch auf Krankengeld, wenn schon vor der Erkrankung Arbeitsunfähigkeit vorlag, da in diesem Fall die gesetzliche Voraussetzung für die Gewährung des Krankengeldes mangelt. Nach Par. 182 der Reichsversicherungsordnung kann Krankengeld nur verlangt werden, wenn die Krankheit die Versicherten arbeitsunfähig macht. Es muß also Arbeitsunfähigkeit Folge der Krankheit sein; ein solcher ursächlicher Zusammenhang zwischen der Erkrankung und der Arbeitsunfähigkeit fehlt

aber, wenn das Mitglied schon vorher völlig arbeitsunfähig war.

Schulstift für Kriegsteilnehmer. Das Gesetz vom 4. August 1914 über den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen ist mit Wirkung vom 4. August 1914 an erweitert worden. Soweit die Aufschubarkeit von Rechtsbeziehungen davon abhängt, daß sie innerhalb bestimmter Fristen vor der Konkurseröffnung usw. vorgenommen sind, wird bei der Fristberechnung die Zeit, während deren der Schuldner z. B. ungenügend ist, oder falls der Kriegszustand vorher endet, die Zeit bis zur Beendigung des Kriegszustandes nicht inbegriffen.

Ablieferung von Hafer und Gerste aus der Ernte 1916. Die der Heeresverwaltung erteilte Ermächtigung zur Bezahlung einer besonderen Vergütung von 100 M. für die Tonne Hafer, der aus den belassenen Mengen freiwillig abgeliefert wird, läuft am 15. Juli 1917 ab. Für den Hafer aus der Ernte 1916, der nach dem 15. Juli 1917 abgeliefert wird, kann in allen Fällen nur der Höchstpreis bezahlt werden. Landwirten, die aus den ihnen belassenen Mengen noch freiwillig Hafer abliefern wollen, muß daher dringend nahegelegt werden, dies sofort zu tun. Auch bezüglich der noch zu bewirkenden Veranlassungen ist Verbleibung geboten, da die Zuschläge, die bisher von der Reichsregierung in bezug auf den vorandachtlich auch in nächster Zeit in Bezug kommen werden.

Das Schilfrohr zuderhaltig. Das einheimische, an Bächen und Teichen wachsende Schilfrohr, das verwandt mit dem amerikanischen Zuckerrohr ist, ist vor der Mähe — allerdings nur zu einem geringen Prozentsatz — zuderhaltig. Da die Reichsunterverwaltung aus dem getrockneten Rohre Zuckerrohrmehl herstellen läßt, sucht sie jetzt, soweit als möglich, wieder Schilfrohr aus freier Hand anzukaufen. Für den ihr getrocknetes Rohre wird 325 M. bezahlt. Es muß 5 Tage lang getrocknet sein. Zur Einweisung des Rohres ist jetzt vor Beginn der Frähernte die geeignete Zeit.

Schleifhandel mit Süßholz (Saccharin). Der Handel mit Süßholz, auch die Weitergabe zum Einkaufspreis, ist durch das Süßholzgesetz vom 7. Juli 1902 und durch die Bekanntmachung des Reichsfiskus vom 25. April 1916 (§ 4) verboten. Es wird trotzdem häufig Süßholz angeboten. In der Regel handelt es sich um ein Präparat, das durch Beimengungen von löslichen Salzen, Gips oder dergleichen verfälscht ist und an Stelle einer 45fachen nur eine 30- bis 50fache Süßkraft aufweist. Dieser verfälschte Süßholz wird durchweg zu einem sehr hohen Preis, der den allgemeinen um ein Vielfaches übersteigt, angeboten. Vor dem Ankauf derartiger Süßholze soll man dringend gewarnt werden. Abgesehen von der Strafbarkeit der Handlung würde auch eine bedeutende Schädigung des Käufers eintreten.

Wohlfühlproben. Eine wichtige Rennerung in der Postordnung ist getroffen worden. Postpostenanstalten mit Wochensendungen, die in Eilhaft-Verbringen zahlbar sind, werden erst an folgenden Tagen nochmals zur Zahlung vorgezogen: wenn der Zahlungstag in der Zeit vom 30. Juli 1917 bis einschließlich 29. Oktober 1917 eingetreten ist, am 31. Oktober 1917; wenn der Zahlungstag nach dem 31. Oktober 1917 eintritt, am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage. Der Zeitpunkt, von dem an die Forderungen zu berechnen sind, ist nicht anzugeben, wenn die Post die erste Verzinsung des Wochensendens.

Die Forderung der Verzinsung „Frau“. Der König hat das Justizministerium ermächtigt, ledigen Personen weiblichen Geschlechts die Forderung der Verzinsung „Frau“ unter der Voraussetzung zu gestatten, daß sie mit einem Kriegsteilnehmer in der ersten Absicht der Verheiratung verlobt waren, die Ehe-schließung nur wegen des Todes oder der Verschollenheit des Bräutigams unterblieben ist und der Tod oder die Verschollenheit mit dem Krieg in Zusammenhang stehen. Die Verzinsung bezieht sich auf Kriegsdienst, die im Besitz der württembergischen Staatsangehörigkeit sind. Mit der Verzinsung ist eine Verzinsung des Verlobungsgeldes der Braute nicht verbunden. Die Braut erlangt durch sie nicht die rechtliche Stellung einer Ehefrau und erwirbt mit ihr insbesondere keinen Anspruch gegen den Staat oder das Reich auf Witwenrente, ebenso auch kein gesetzliches Erbrecht gegen den Bräutigam. Wohl aber soll die Verzinsung des Verlobungsgeldes „Frau“ dazu beitragen, den Kriegsvätern diejenige selbständige gesellschaftliche Stellung zu verschaffen, die sonst nur Verheirateten eingeräumt wird.

Für die Vermittlung im Einzelfall finden die für die Änderung des Familiennamens in der Militärverordnung vom 9. Oktober 1909, betreffend Namensänderungen, gegebenen Vorschriften entsprechende Anwendung. Außerdem sind die Verwandten oder amtliche Erben der des Verlobungsgeldes des Kriegsteilnehmers, sowie Nachweise für die Erbschaft des Verlobungsgeldes vorzulegen. Wird neben der Verzinsung der Verzinsung „Frau“ zugleich die Änderung des Familiennamens der Braut in den des Bräutigams nachgefordert, so sind auch die Angehörigen des Bräutigams und, falls die Umstände des Falles dies nahelegen, die Gemeindevorstände des legitimen Wohnortes oder Aufenthaltsortes des Bräutigams zu hören. Von dem Erfordernis der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses und der erfolgten Verzinsung kann Befreiung

Calw, 13. Juli. In voller geistiger Frische und bei herrlicher Gesundheit feiert morgen der älteste Einwohner unserer Stadt, Oberlehrer Dengler, gebürtig von Wübbert, seinen 90. Geburtstag. Er hat 48 Lebensjahre hier zugebracht und zwar 32 Jahre in Schulamt und 16 Jahre im Ruhestand. Bis vor einem Jahr war er noch aktiver Sänger bei dem Kirchenchorverein, wie er überhaupt ein großer Musikfreund war. Auf allen seinen Schulfällen in Pfundorf und Löffelau zeichnete er sich durch gewissenhaften Fleiß und treue Arbeit

aus und war wegen seines leichten Wesens und aufrichtigen Charakters überall geschätzt. Auch hier erfreut er sich allgemeiner Beliebtheit namentlich bei seinen früheren Schülern und seinem weiten Freundeskreis. An den Gesellschaftsabenden fehlt er im Fremdenkreise nie. Er verfolgt alle öffentlichen Angelegenheiten mit großem Interesse und sein heißer Wunsch ist, den ersehnten Frieden nach mitzuteilen zu dürfen. Möge dem wackeren Mann, der auch in Altenteils durch seinen Bruder, den früheren Gerichtsnotar Dengler, gut bekannt ist, noch eine Reihe schöner Lebensjahre beschieden sein.

(\*) **Stuttgart, 13. Juli.** Die Kohlen- und Brennholzfrage. Der Doppelanlauf der zweiten Kammer beschäftigt sich heute mit der Kohlenfrage. Es wurde ein Antrag Bannmann-Bieland gestellt, daß beim Reichskanzler darauf hingewirkt werde, daß alle Teile des Reichs gleichmäßig mit Kohlen versorgt und die Verteilung an die Verbraucher den Bundesstaaten überlassen werde, ferner, daß für die Verteilung unseres Anteils an Kohlen für Industriezwecke und zum Hausbrand eine einheitliche Organisation geschaffen, sowie eine Rationierung des Verbrauchs für alle Verbraucher durchgeführt werde. Vom Zentrum wurde der Antrag gestellt, daß die vorhandenen Vorräte festgestellt und, falls unzulänglich, genügend gelernte Arbeiter zur Steigerung der Förderung freigegeben, auch die Kohlenverforgung vom Kohlenfundat losgelöst und für Kriegsbauer als Reichsbetrieb geordnet und Höchstpreise für Kohlen und Holz festgesetzt werden. Von dem Abg. Körner wurde beantragt, die Torfgewinnung zu fördern. Vom Minister des Innern wurde auf die Schwierigkeiten der Kohlenverforgung in Württemberg und die von der Regierung geplanten Maßnahmen hingewiesen. Eine Rationierung für das Land sei erwünscht und eine Einsparung in Läden, Wirtschaften, Theatern noch wohl möglich. Für die Versorgung der Industrie sei das Kriegsamt zuständig, während der Hausbrand den Bundesstaaten zur Regelung überlassen sei. Für die Brennholzversorgung sei eine Organisation am Werk. Morgen Fortsetzung.

(\*) **Stuttgart, 13. Juli.** (Gemeinderat Westmeyer.) Der Gemeinderat hat in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, gegen die Entscheidung der Kreisregierung Ludwigsburg, wonach Landtagsabg. Westmeyer als Nachfolger Schwabs Mitglied des Stuttgarter Gemeinderats geworden ist, beim Ministerium des Innern Beschwerde einzulegen.

(\*) **Stuttgart, 13. Juli.** Wie die „Südd. Bzg.“ hört, hat Prof. Haug, der seit 33 Jahren, darunter 10 Jahre als Hauptschriftleiter am „Staatsanzeiger“ tätig war, aus Gesundheitsrücksichten um seine Pensionierung nachgesucht, die, wie verlautet, auch demnächst ausgesprochen werden soll.

(\*) **Heilbronn, 13. Juli.** (Vom Rathaus.) Die Regier.-Zimmung hat, obwohl die Erhöhung des Mindestpreises von 1,78 auf 1,90 Mk. von der Landesverorgungsstelle noch nicht genehmigt ist, bereits ein neues Geschäft um Preisermäßigung auf 1,96 Mk. eingereicht.

(\*) **Tübingen, 13. Juli.** (Untroue.) In den letzten Tagen sind in zwei Geschäften erhebliche Veruntreuungen Angelegter entdeckt worden. Während der Eine die der Kaffe entnommenen Gelder in schöner Gesellschaft verabschiedete, wußte der Andere sich im Laufe der Jahre ein Vermögen zu machen.

(\*) **Salz, 13. Juli.** (Weggehen gegen das Höchstpreisgesetz.) Die von Altengraben kommende

Frau Jakob Frey geb. Day ist in Pforzheim zu einer Geldstrafe von 3000 Mk. verurteilt worden, weil sie sich bei Führung eines Messgeräts in Dillweihenfeld gegen das Höchstpreisgesetz verging.

(\*) **Wipperfurth, 13. Juli.** (Hampferer.) Die Hölle von Hampferer mehren sich. Dieser Tage wurde, wie der „Schwarzv. Bot.“ berichtet, ein Hotelier von Schönwald bei Triberg hier angehalten, der bei Nacht aus dem benachbarten Dorbach 21 Pfund Würstchen, 25 Pfund Fleisch, 4 Pfund Speck, 8 Pfund Butter usw. in einem Koffer verpackt mit dem Fuhrwerk hierherbrachte in der Absicht, am andern Morgen mit dem ersten Zug als Reisender mit Postkoffer abzufahren.

(\*) **Ulm, 13. Juli.** (Kriegskonjunktur.) Wie sehr die Kriegsindustrie die Steuerverhältnisse einer Gemeinde beeinflusst, zeigt eine Zusammenstellung der Erträge der Gemeinde-Einkommensteuer in Ulm. 1914 standen 444 000 Mk. im Etat das Ergebnis waren 419 000 Mk., 1915 wurden 340 000 Mk. in den Etat eingestellt, ein gingen 427 000 Mk., 1916 wies der Etat 588 000 Mk. aus, das Ergebnis war 740 000 Mk.

### Sonntagsgedanken.

Sorgengedanken taugen jetzt gar nichts. Nur ein taugt: das Herz in alle beiden Hände nehmen! Wir sind durch die höchsten Schwierigkeiten durchgekommen. Wir werden nicht stecken bleiben, komme, was kommen mag.

Wenn ich mein Leben an eine Säge lege, so tue ich es in demjenigen Glauben, den ich in langem Kampfe, aber in demütigem Gebete vor Gott gestärkt habe, und den mir Menschenwort nicht mindert.

Edm. M.

### Vermischtes.

**Größer Brand.** In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag brach auf der Kaiser-Königsbahn in der Nähe von Badapf ein großer Brand aus. Ein Rangierzug fuhr in einem aus 76 zum Teil mit Petroleum und Benzin beladenen Wagen bestehenden Zug hinein, der sofort in Brand geriet. 20 Wagen mit Petroleum und 4 mit anderen Waren beladene Wagen fielen dem Brand zum Opfer. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Schaden beträgt etwa 450 000 Kronen.

**Schiffsbrand.** Das Schiff der Britisch India Line „Ghita“, das am 30. Juni von Madras nach Rangoon abgefahren war, geriet in Brand und mußte preisgegeben werden. An Bord befanden sich 15 Europäer und 1500 bis 1700 Deckfahrleute. Man hat noch keine weiteren Einzelheiten, doch heißt es, daß viele Menschenleben verloren gegangen sind.

Die Sonntagsbeilage hoffen wir unseren Lesern vom nächsten Sonntag an wieder zustellen zu können.

### Lezte Nachrichten.

#### Der Abendbericht.

**WTB. Berlin, 13. Juli, abends.** (Amtlich.) Der lebhafteste Feuertampf in der Westkampagne dauert an.

Im Osten hat die Feuerzürigkeit zwischen Gata-Lipa und Marafowka zugenommen. Südlich des Insekt ist die Lage bei kleinen Gefechten südlich von Ralsvich unverändert.

**WTB. Berlin, 13. Juli.** (Amtlich.) Im Englischen Kanal und in der Nordsee wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 6 Dampfer, 2 Segler, 7 Fischerfahrzeuge versenkt. Darunter befanden sich der englische Dampfer Solway Prince, der englische Motorschoner Ariel mit Paraffin, Naphta und Kohlen, der bewaffnete englische Dampfer Morqucrit, ein durch Fischer und Bewachungsfahrzeuge gesicherter bewaffneter Dampfer von mindestens 6000 Tonnen, ein mittelgroßer Dampfer mit Papier, Papiermasse, Gruben und geschnittenem Holz, der aus Geleitzug herausgeschossen wurde, ein Dampfer, der die Nummer 54 an der Bordwand führte.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

**WTB. Berlin, 13. Juli.** (Amtlich.) Unsere Seekriegszeuge haben am 12. Juli abends in den Hoofden (südliche Nordsee) den holländischen Segler Agida, mit Baumware nach Le Havre bestimmt, als Prise ausgebracht. Das Fahrzeug wurde später von unseren Torpedobooten nach Seebrügge eingeholt.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

**WTB. Berlin, 14. Juli.** Wie die Tägliche Rundschau hört, ist das Abschiedsgesuch des Reichskanzlers bereits angenommen worden. Auch andere Morgenblätter erwähnen, daß die Nachricht verbreitet sei, der Kaiser habe das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg genehmigt, fügt aber meist hinzu, daß eine Bestätigung noch ausstehe. — Das Berliner Tageblatt schreibt: Herr v. Bethmann Hollweg geht. Diese Tatsache wenigstens ist nicht mehr zweifelhaft. Wir glauben, daß das Entlassungsgesuch, das er eingereicht hat, bereits angenommen ist. — Weiter führt das Blatt aus: Der Herr, der Bethmann Hollweg ablöst, muß durch seine Person und sofortige Taten die Gewähr dafür bieten, daß er entschlossen ist, den Verteidigungsfrieden vorzubereiten und der Volksvertretung das volle Recht der Mitregierung, Mitverantwortung und Kontrolle zu geben.

Nach der Vorfrenzzeitung geht deutlich aus der gestern erfolgten Vertagung hervor, daß Herr v. Bethmann Hollweg den Reichstag gegen sich hat. Man solle erst den Verlauf der Dinge abwarten, ehe man an die Entscheidung der so dringenden Arbeiten gehe. — In einem „Reichswende“ überschriebenen Artikel erklärt zum Schluß der Vorträge: Die Deutsche Sozialdemokratie ist bereit, alle ihre Kräfte herzugeben, um gemeinsam mit einer künftigen Regierung das Reich im Innern zum freiesten Staate der Welt auszubauen und zugleich die Tragbalken für einen dauernden Weltfrieden zu zimmern. — Nach der Vossischen Zeitung wurde gestern in parlamentarischen Kreisen die ungeklärte Abicht der Regierung erörtert, unter gewissen Umständen die Personalunion zwischen dem Kanzlerposten und dem des preussischen Ministerpräsidenten aufzuheben. Als zukünftiger preussischer Ministerpräsident sei Herr v. Lohse genannt worden. — Nach dem Berliner Tageblatt verlautet bestimmt, daß das Zentrum gestern mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen hat, sich auf den Boden der geplanten Friedensstundgebung zu stellen, auch wenn die Nationalliberalen sich abseits halten.

#### Mutmaßliches Wetter.

Die Wetterlage steht nunmehr unter dem Einfluß eines Hochdrucks. Für Sonntag und Montag ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul. Druck und Verlag der W. Metz'schen Buchdruckerei, Altensteig.

## Porzellan- und Steingutwaren-Empfehlung.

Bringe mein großes Lager in echt Porzellan und Steingut, besonders



Waschgarnituren  
Steifig  
Sehr schöne neue Muster  
Suppen-Schüsseln  
Kaffee-Kannen  
Kaffee-Services

Fleisch-Platten  
Suppen-, Gemüse- und  
Dessert-Teller  
Salat- und Compot-Schalen  
Tassen etc. etc.  
braunes Geschirre aller Art

Rüchngarnituren  
Salz-Tonnen  
Essig- und Del-Krüge  
Back-Formen



beizbilligsten Preisen in empfehlende Erinnerung.

**C. W. Luz Nachfolger, Fritz Bühler jr., Altensteig.**

### Bekanntmachung.

Um der Gefahr entgegenzutreten, daß durch Unachtsamkeit beim Feueranmachen und Rauchen Brände entstehen, durch welche Kriegsmaterial vernichtet und die Befriedigung der Heeresbedürfnisse gefährdet wird, bestimme ich hiermit im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund des § 95 des Pr. Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 in Verbindung mit Artikel 68 der Reichsverfassung:

I.  
Das Rauchen, Feuermachen und Mitbringen von Feuerzeug — in soweit es zum Betriebe nicht unbedingt erforderlich ist — ist verboten:  
1. auf dem gesamten umzäunten oder sonst abgegrenzten Gelände aller Feuerwerkslaboratorien, Sprengstoffabriken und Munitionsfabrikstätten einschließlich der staatlichen Institute; ausgenommen sind die besonders abgegrenzten Verwaltungsgebäude und zwar bei staatlichen Instituten unbedingt, bei privaten Unternehmungen soweit die Ortspolizeibehörde es zuläßt.

2. In allen Betriebs- und Lagerräumen, einschließlich der Treppenhäuser, Aufzüge, Flure, Gänge usw. in denen Pulver und andere Sprengstoffe, sowie Munition oder Munitionsteile hergestellt, verarbeitet, gelagert oder befördert werden.

3. In allen Werkstätten und Lagerräumen, in denen leicht entzündbare Gegenstände wie Holz, Papier, Baumwolle, Lack, Spiritus, Petroleum, Öl usw. hergestellt, gelagert oder verarbeitet werden.

II.  
Weitergehende Verbote in Polizeiverordnungen oder in Arbeitsordnungen werden durch dieses Verbot nicht berührt.

Die Direktoren der staatlichen Institute und Depots sind befugt, für den Bereich des Depots Ausnahmen von dem bevorstehenden Verbot zu erteilen. Dasselbe Befugnis steht den Ortspolizeibehörden für die in ihrem Bezirk gelegenen Fabriken, Betriebs- und Lagerräumen zu. Die Befreiung von dem Verbot ist an Ort und Stelle deutlich kenntlich zu machen.

III.  
Diese Bekanntmachung ist in allen zu 1 genannten Stellen in deutlich lesbarer und in die Augen fallender Weise anzuschlagen. Ebenso sind in allen Räumen, für welche dieses Verbot gilt, Schilder mit der Aufschrift „Rauchen bei Strafe verboten“ anzubringen. Die Anschläge sind während der ganzen Dauer des Kriegszustandes zu unterhalten und erforderlichenfalls zu erneuern.

IV.  
Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.  
Stuttgart, den 11. Juli 1917.

Der stellv. kommandierende General  
von Schäfer.

### Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des kgl. Württ. Kriegsministeriums zur freiwilligen Weidung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Zur Verwendung bei Militärbehörden innerhalb Württemberg werden Hilfsdienstpflichtige gesucht und zwar:

- 40 Bürobeamten und Kanzleihilfsarbeiter
- 14 Bauvermeister und Bauführer (Gewerber müssen mindestens 4 Klassen einer Baugewerkschule mit gutem Erfolg besucht haben.)
- 6 Elektromonteur
- 1 Buchbinder
- 29 Grabarbeiter
- 4 Heizer und Maschinisten
- 30 Hilfsdienstpflichtige zu der Paketpoststelle eines Kriegsgesfangenenlagers
- 6 Kutsher und Pferdepfleger
- 2 Maler
- 15 Maschinenschlosser
- 29 Mechaniker (darunter 1 für Fahrräder)
- 1 Metzger
- 25 Munitionsarbeiter
- 1 Backmeister
- 1 Photograph
- 18 Sattler
- 21 Sauschlösser
- 12 Maschinenschlosser
- 8 Schmiede
- 3 Schneider
- 1 Schiffsleger
- 61 Schuhmacher
- 12 Tagelöhner
- 364 Wachleute (dieselben sollten gedient haben).

Meldungen nimmt entgegen:

Hilfsdienstmeldestelle Stuttgart, Kanzleistr. 24, oder die dem Wohnort des Stellensuchenden nächstgelegene Hilfsdienstmeldestelle (Arbeitsamt).  
Stuttgart, den 12. Juli 1917.

K. W. Kriegsministerium,  
Abt. für Waffen, Feldgerät und Kriegsamtsangelegenheiten.  
v. Tognarelli.

Altensteig.

### Alt Eisen

kaufte zu dem höchsten Tagespreis  
Paul Waltraff, Schmied.

Berner.

### Gefallenes Vieh jeder Art,

welches verlost werden müßte, kauft jederzeit zu Fischfutter

Freib. Wilh. v. Gillingen'sche Forellenzucht hat abzugeben  
Fernsprecher Nr. 8.

Altensteig.

### Kaufe jedes Quantum frische Heidelbeeren

Walz, Gärtner.

Altensteig.

### Kräftige Endivien-Seklinge

G. Ziefe, Gärtner.

Altensteig.

frisch eingetroffen:

- Deikers Backpulver
  - „ Vanillezucker
  - Sinners Backpulver
  - Sinners Vanillezucker
  - Zieger Pfannkuchepulver
  - Hoßa Eierkuchepulver
  - Nährma-Cremespeise
  - Holländ. Puddingpulver
  - Honig-Pulver
  - Näsa-Saucensparer
  - Ei-Sparypulver
  - Evulin-Tabletten
  - Torten-Pudding-Pulver
  - Diandal deutscher Kraft-Extract
- in Dosen zu M. 1.45 u. M. 2.90

deutsche

### Kraft-Extract-Würze (vollständiger Ersatz für Maggi)

im Anbruch 1 Str. M. 6.—

### 1ster. Citronensaft aus frischen Früchten

in 1/2 u. 1/4 Flaschen

### 1ster. Himbeersaft

### 1ster. Orangen-Limonade-Syrup

in verschiedenen Flaschengrößen

### Salizyl-Pergamentpapier

kein Schimmel mehr in Rollen 25 Pfennig

Dr. Deikers

### Einmach-Hülse Salizyl-Ersatz

1 Paket M. —.10.

bei: Chr. Burghard jr.

Altensteig.

### Mädchen-Gesuch.

Dieser wird zum baldigen Eintritt ein geordnetes, hübsches Mädchen für Küche und Haus gesucht.

Nähere Auskunft erteilt die Exp. ds. Bl.

# Bieh-Verkauf.

Am nächsten

Montag, den 16. ds. Mts.

haben wir wieder einen großen Transport erstklassiger



## Milch-Rühe

hochträchtige

## Kalbinnen

## und trächtige Rühe

in unserer Stallung im Gasthof z. Traube in Altensteig zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlichst einladen

Rubin und Max Zürndorfer  
aus Regingen.

### — Kriegsversicherung —

für Offiziere und Soldaten

in der Heimat oder im Felde!

Einjährig abschließbare, sofort, ohne Untersuchung mit voller Summe auszahlbare Lebensversicherung, auch für solche, welche im Felde stehen, ohne Zuschlag, unter äusserst günstigen Bedingungen.

Für den Abschluss der Versicherung auf 1 Jahr ist folgender Prämienatz massgebend:

I. Für Berufsmilitär (Aktive) und für Angehörige der Reserve sowie der Landwehr I und II (mit Ausnahme der unter II aufgeführten Waffengattungen):

- a) für Offiziere . . . 7 1/2 % der Versich.-Summe
- b) für Mannschaften . . . 6 1/2 %

II. Für Angehörige der Ersatzreserve des Landsturms I und II, für Angehörige der Train- und Sanitätstruppen sowie für Militärärzte:

- a) für Offiziere (ausgenommen Militärärzte) . . . 6 % d. Versich.-Summe
- b) für Militärärzte u. Angehörige d. Mannschaften standes 5 %

III. Für Nichtkombattanten jeder Art (Militärbeamte, in Garnisondienst stehende, in Arbeitsverwendung befindliche usw.) 3 1/2 % der Versich.-Summe.

Hauptvertretung: A. BRUCKER, Stuttgart, Gutenbergstraße 94.

Auskunft für Altensteig und Umgebung durch: Herrn K. Kaltenbach jr., Altensteig.

Altensteig.

### Hühner-Futter

### Rücken-Futter

in vorzüglichen Qualitäten

empfiehlt billigt

W. Beerl.

Altensteig.

Suche für sofort für Küche und Hausarbeit ein tüchtiges

### Mädchen

Frau Gehr, Kunstmühle.

### Kirchliche Nachrichten.

6. Sonntag u. Dr. 15. Juli. So. Gottesdienst (auch für Dorf und Ueberberg) vorm. 10 Uhr in der Kirche. Lied 408. Nachher Kindergottesdienst in Abt. um 1/2 Uhr Christl. Lieder. Donnerstag, Kriegsbefreiung im Jugendheim 1/2 Uhr.

Gemeinschaft-Jugendheim. Sonntag abend 8 Uhr Versammlung.

### Heilt den Verwundeten! Rote Kreuz-Kriegs-Geld-Lotterie

Ziehung 10. Juli 1917, 2560 nur hiesige Ortsgewinne

58000 Hauptgewinn Mk.

30000

10000

Los 20 Mk. Lose 11 Mk. 11 Lose 20 Mk. Porto u. Liste 30 Pf. Zu beziehen durch alle Verkaufsstellen und Generalvertrieb

J. Schweickert, Stuttgart, Seilstr. 4.

Fernsprecher 1021.

### Methodisten-gemeinde.

Sonntag, 15. Juli 10 Uhr Predigt, 11 Uhr Sonntagsschule abds. 8 Uhr Predigt von D. Pred. Bobitz, Distriktsorchester. Mittwoch 18. Juli, abds. 1/2 9 U. Gebetsstunde.

Gestorbene. Nagold: Alma Reichert, Tochter des Karl Reichert.

Hier in der W. Steierischen Buchhandlung und bei Christl. Burghard.

